

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	17. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	24. November 2015, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

30.

**Punkt 28 der Tagesordnung: Kontrollierte und lizenzierte Abgabe von Cannabis, Gründung eines „Runden Tisches Cannabis“
Antrag der Stadträte Lüppo Cramer und Max Braun (KULT) sowie der KULT-Gemeinderatsfraktion vom 16. Oktober 2015
Vorlage: 2015/0606**

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung und Verweisung an den Jugendhilfeausschuss

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 28 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Braun (KULT): Die Historie von Cannabis erstreckt sich über Tausende von Jahren. Bereits damals benutzten Hochkulturen in Indien, China, Afrika und Mitteleuropa Cannabis als zeremonielles Rauschmittel. 1929 wurde Cannabis dann nach einem Beschluss der Genfer Opiumkonvention in Deutschland verboten. Obwohl 18 der 19 teilnehmenden Staaten keine Probleme im Zusammenhang mit dem Konsum von Cannabis vermelden konnten. Davor war es in Apotheken erwerbbar.

Wieso gibt es das Cannabis-Verbot heute noch? Der Besitz einer sehr kleinen Menge ist immerhin nicht mehr strafbar. Klar ist, wer kiffen will, kommt auch an Gras, fast überall und auch in Karlsruhe. Ob das im Schlossgarten ist, nachts beim Feiern in der Disco, mitten in der Innenstadt oder leider auch auf irgendeinem Schulhof. Eine Vielzahl von Dealern und Kleinkriminellen bringt Tag für Tag ihr grünes Kraut samt Zusätzen an den Mann. Schnell verdientes Geld, ist es doch möglich, mit Cannabis – wenn auch illegal – ein deutlich besseres Geschäft zu machen, als es mit einem normalen Angestelltenjob je denkbar wäre.

Der Großteil dieser Menschen schreckt nicht davor zurück, das Rauschmittel mit schwereren und billigeren Substanzen zu verunreinigen, um den Profit noch mehr zu steigern.

Der Endnutzer ist es am Ende, der die Leiden des gestreckten Cannabis trägt. Man kann davon ausgehen, dass rund die Hälfte des sich im Umlauf befindlichen Haschisch und Marihuana verunreinigt wurde. Würden wir Cannabis lizenziert an unsere Bürger abgeben, hätten wir die Kontrolle über die Substanz und somit auch die Verbraucherklarheit über die Inhaltsstoffe des Rauschmittels.

Wie jede Droge, hat auch Cannabis Nebenwirkungen. Die sind aber nach Auffassung der Universitätsprofessoren aus Karlsruhe und Dresden, Dirk Lachenmeier und Jürgen Rehm, weitaus geringer als z. B. bei Alkohol, der in unserer Gesellschaft anerkannten Droge. Dies geht aus einer Studie der beiden vom Februar d. J. hervor. Wer also gesundheitliche Bedenken in die Debatte einbringt, verschließt entweder die Augen vor der Realität oder hat schlichtweg keine Ahnung von der Materie. Wer weiterhin das Cannabis-Verbot befürwortet, nimmt wissentlich in Kauf, dass es auf dem Schwarzmarkt keinen Verbraucher- und keinen Jugendschutz gibt.

Dass die Drogenpolitik der Bundesrepublik massiv gescheitert ist, liegt auf der Hand. Dazu braucht man nur die Entwicklung der Zahl der Konsumenten in Deutschland betrachten. Gerade im Jugendalter ist leider oft genau das cool, was verboten ist. Wirft man einmal einen Blick in die Niederlande, nach Portugal, Uruguay, Colorado und wie die Staaten alle heißen, die sich diesen Vorstoß schon trauten, erkennt man, dass die Zahl der Konsumenten nach dem Beschluss zur legalen Ausgabe in jedem dieser Länder um mindestens 4 % abnahm.

Ich möchte, dass verstanden wird, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag meiner Fraktion nicht um eine Marketingmaßnahme à la „Fangt doch alle an zu kiffen“ geht. Es geht vielmehr darum, nicht jeden Konsumenten zu kriminalisieren und sie vor gesundheitlichen Schäden durch Zusätze im Stoff zu bewahren. Auch hätte die Polizei wieder mehr Ressourcen frei, um wirkliche Kriminalität zu bekämpfen, muss sie sich doch zunehmend mit immer mehr Kleinstdelikten im Zusammenhang mit Cannabis herumschlagen. Dies geht aus einer Anfrage meiner Fraktion vom 17.03.2015 hervor. Die damit verbundenen Kosten wären in Aufklärung und Suchtprävention deutlich besser investiert. Außerdem würde uns eine legale, besteuerte Abgabe hohe Einnahmen in die Kassen spülen, was gerade zum jetzigen Haushaltsstabilisierungsprozess passen würde.

Ich verstehe nicht, aus welchem Grund man einem Erwachsenen verbieten sollte, nach getaner Arbeit einen Joint zu rauchen. Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit wird dieser nicht ausrasten, um sich schlagen, einen Wutanfall bekommen oder sonst irgendjemandem in irgendeiner Form Schaden zufügen. Allerhöchstens wird er in einen tiefen Schlaf verfallen. Ganz anders sieht es hier schon bei Alkoholkonsumenten aus. Aber das wissen Sie selbst am Besten.

Am Ende, aber nicht zuletzt, möchte ich erinnern, dass Cannabis bei diversen Krankheiten eine heilende und schmerzstillende Wirkung hat. Doch da die Preise in Apotheken den Schwarzmarktpreis um ein Vielfaches übertreffen, zwingen wir selbst die legal rauchenden Patienten wieder zurück in die Illegalität.

Ich hoffe, genügend Gründe zumindest für einen runden Tisch genannt zu haben. Diesen einzurichten ist notwendig, wenn man mittelfristig die Chance auf das Erteilen einer Ausnahmegenehmigung nutzen will. So habe ich gemeinsam mit meiner Fraktion einen Antrag entworfen, der nicht jeden Konsumenten pauschal kriminalisieren soll. Eine Antragsformulierung, der jeder, der sich liberal nennt, genauso wie jeder, der sich für eine Endkriminalisierung ausspricht, zustimmen müsste.

Ich verstehe auch das Argument, dies sei ein bundespolitisches Thema und hätte nichts im Gemeinderat verloren. Allerdings ist es hier wie so oft: Wenn der Bund nichts tut, müssen die Kommunen reagieren. Die Antwort der Verwaltung, dass eine Antragsstellung aus rechtlichen Gründen zwingend vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte abgelehnt würde, kann ich so nicht hinnehmen. Natürlich würde ein Antrag unserer Stadt genauestens überprüft. Doch wenn ein öffentliches oder wissenschaftliches Interesse vorliegt, ist es möglich, eine solche Ausnahmegenehmigung zu erhalten. Ein ähnlicher Antrag vom Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg wurde zwar abgelehnt. Die Berliner haben allerdings wichtige Unterlagen nicht mit eingereicht. Ein Antrag allein von der Stadt als Träger ist natürlich nicht ausreichend. Anträge von allen am Betäubungsmittelverkehr Teilnehmenden, also Abgabestellen, Anbauer, Hersteller, Erwerber, müssten eingereicht werden. Auch ob ein öffentliches oder wissenschaftliches Interesse vorliegt, müsste ebenfalls genauestens und detailliert begründet werden. Auch das blieb beim Antrag des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg aus.

Eine weitere Entscheidungshilfe gaben die Berliner, weil sie forderten, Bezirksfremde und Besucher vom Erwerb auszuschließen, obwohl genau dieser Personenkreis die meisten Konsumenten in diesem Bezirk stellt. Auch hier sei gesagt, dass keiner dieser Personengruppen den Hauptkonsum der Karlsruher darstellt.

Weiter müsste ein Konzept zur Sicherheit und Kontrolle des Betäubungsmittelverkehrs erarbeitet werden, in dem beispielsweise auch Überlegungen zu einer Zuverlässigkeitsprüfung der Erwerber getätigt werden müssen. Alle diese Vorgaben ließen sich meines Erachtens erfüllen, wenn man gemeinsam in Form eines runden Tisches über diese berät. So lange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, bringt es selbstverständlich auch nichts, einen Antrag beim Bundesinstitut einzureichen.

Aus diesen Gründen möchte ich die erste Ziffer unseres Antrags heute noch nicht abstimmen lassen. Da uns Punkt 2, die Einrichtung eines runden Tisches in Form einer Drogenkommission, vorab von der Stadtverwaltung zugesagt wurde, hoffen wir, hier alle Voraussetzungen in Kooperationen mit Suchthilfeexperten, Medizinerinnen, Sozialpädagogen, der Polizei sowie mit engagierten Bürgern, die sich mit der Thematik auskennen, erfüllen zu können, und einen für alle Fraktionen akzeptablen Vorstoß beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte machen zu können.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Ein bisschen Ahnung von der Materie haben hier im Saal doch einige. Das muss man sicher sagen.

Über Punkt 1 soll jetzt nicht abgestimmt werden. Trotzdem sollte man sicherlich das Eine oder Andere noch dazu sagen. So, wie es im Moment hier überkam, scheint es so, Herr Braun, dass Cannabis unproblematisch sei. So eng kann man es nicht sehen. Na-

türlich haben wir Probleme mit Alkohol. Wir haben auch Probleme mit Nikotin. Es gibt dort Missbrauch, der auch für die Gesellschaft negative Probleme hervorruft.

Warum ein neues Problem anfangen? Dies sind zwei Bereiche, die wir als Kultur mit uns schleppen. Im Gegensatz zum Alkohol sehe ich auch bei der Situation mit Cannabis noch etwas anderes. Genussmittel steht hier. Der Genuss ist einerseits eine High-Situation, er hat aber auch ganz erhebliche Auswirkungen als psychoaktive Substanz auf das Gehirn. Es gibt schon nach kurzer Zeit Probleme im Kurzzeitgedächtnis. Es ist, wenn man Berichte aus Joint-Runden hört, oft ein ganz nettes Spielchen, weil der eine oder andere gar nicht mehr weiß, was er vor fünf oder zehn Minuten erzählt hat. Das macht oftmals sehr lustige Sachen.

Es ist auch – das sollte man ganz deutlich betonen – bei jungen Menschen bis 18, 19 Jahre, bis die Gehirnreifung vervollständigt ist, ein großes Problem der Schädigung der Entwicklung, die dadurch stattfinden kann. Auch wissen wir, dass in dieser Phase die Rezeptoren, für die Cannabis da ist, wesentlich empfindlicher sind als in späteren Zeiten.

Der Punkt, dass es selbstverständlich ist, Cannabis zu nehmen, kann zu langfristigen sozialen und gesundheitlichen Schäden führen. Ich sehe im Moment keinen Grund, eine lizenzierte Freigabe zu machen, wie es heißt. Es wird auch immer wieder betont, dass es für medizinische Zwecke da sein könnte. Das ist wieder ein anderer Punkt, über den man reden kann. Sie wissen auch, Herr Braun, dass jetzt gerade auf Bundesebene – da gehört das ganze Thema eigentlich hin – die Drogenbeauftragte der Bundesregierung dabei ist, Aktivitäten zu entwickeln, wie man für Schwerkranke und für diejenigen, die medizinisch auf solche Substanzen angewiesen sind, eine Lösung finden kann. Das ist im Moment ganz aktuell in der Diskussion.

Zum Punkt 2, der noch abgestimmt werden soll, kann man sicher sagen, das ist Aufgabe des Jugendhilfeausschusses. Brauche ich einen runden Tisch oder reichen die bisherigen Einrichtungen, die wir haben? Ich denke aber, es sollte dann nicht nur um Cannabis gehen. Es gibt Ecstasy, Cristal Med usw. Wenn man Drogenprävention, wenn man die Problematik Drogen anspricht, gehören auch diese Themen dazu. Denn wenn man Cannabis alleine nimmt, haben wir wenig gewonnen, wenn man einen runden Tisch macht, der aus Fachleuten bestehen soll. Der Jugendhilfeausschuss soll sicherlich entscheiden, machen wir einen runden Tisch und in welcher Art und Weise machen wir den runden Tisch.

Stadträtin Melchien (SPD): Den zweiten und jetzt einzig verblieben Punkt des Antrags der KULT-Gemeinderatsfraktion, diesen runden Tisch, dieses Expertengremium einzurichten, unterstützt die SPD-Gemeinderatsfraktion. Die Thematik betrifft verschiedene Lebensbereiche und Fragestellungen. Das zeigen auch die Aussagen meiner Vorredner. Ich würde auch davon absehen, dieses Expertengremium jetzt noch zu überfrachten mit weiteren Themen. Sicher kann das im Jugendhilfeausschuss diskutiert werden. Aber ich würde davon absehen. Allein jetzt haben wir schon einige Fragestellungen aufgegriffen. Ich denke, wir sollten uns in einem angemessenen Rahmen mit dem Thema beschäftigen und nicht hier nach 4 ½ Stunden. Deswegen unterstützen wir das Ansinnen.

Dann wünschen wir uns aber auch eine Weitergabe dieser Erkenntnisse, die dann hoffentlich gewonnen werden und der Einschätzung der Experten in Karlsruhe an die Verantwortlichen, die tatsächlich über das Thema zu entscheiden haben, nämlich insbesondere die gewählten Vertreter auf Bundesebene. So lange es im Deutschen Bundestag keine Mehrheit zur rechtlichen Änderung in dem Bereich gibt, hat natürlich auch ein Antrag der Stadtverwaltung keine Aussicht auf Erfolg. Das hat Herr Braun auch schon bestätigt.

Wie wir vor Ort dann mit dem Thema weiter verfahren, sollte meines Erachtens dann auch von den Beratungen dieses Expertengremiums abhängen und von den Erkenntnissen, die da gewonnen werden.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Von der Intention her teilen wir das Anliegen des Antrags. Wir freuen uns auch, dass eine ausgewogene und ordentliche gute Stellungnahme der Verwaltung dabei herausgekommen ist. Es ist natürlich klar, wir haben keine Gesetzgebungskompetenz. Aber schon heute gibt es viele Cannabis-Konsumentinnen und -Konsumenten, egal, aus welcher Schicht, in welchem Alter und auch aus welcher Partei. Das muss uns bewusst sein. Wir müssen mit dieser Situation umgehen. Wir können nicht aus ideologischen Gründen oder um konservative Menschen anzusprechen sagen, wir tabuisieren das, wir kriminalisieren das und schieben es damit in eine Ecke, wo am Ende die Schäden größer sind, als sie es wären, wenn wir einfach eine offene Politik damit betreiben würden.

Alkohol und Nikotin haben schwerwiegende körperliche Folgen. Das ist weithin bekannt. Das körperliche Risiko bei Cannabis ist hauptsächlich der Tabakrauch. Es gibt soziale Folgen beim Alkoholismus, die weitreichend bekannt sind. Natürlich sollte niemand verschweigen, dass das Risiko von sozialen Folgen auch bei Cannabis da ist. Die Gefahren beim Konsum müssen allen bewusst sein, z. B. ist bei Jugendlichen die Folge einer Psychose vorhanden. Das ist ein Problem. Deshalb soll der Jugendschutz gewahrt werden. Bei Erwachsenen gibt es keine Studie, die das belegt. Der so genannte Abhängigkeitspotentialindex endet bei Heroin mit 3,0, darunter stehen dann Tabak mit 2,21, Alkohol mit 1,93 und Cannabis mit 1,51.

Nun wollen wir nicht ein weiteres Problem schaffen, Herr Stadtrat Dr. Müller. Aber wir sehen nicht ein, dass die großen Probleme nicht wirklich herzhafte angegangen werden, weil es gesellschaftlich nicht opportun ist, aber dieses offenbar kleinere Problem deshalb in eine Ecke geschoben wird. Ein riesiges Problem ist die Kriminalisierung. Das Kaufen in geringen Mengen ist straffrei, während jemand, wenn er selbst Cannabis anbaut, sofort rechtlich Probleme bekommt. Deshalb kaufen die Leute ein und haben damit keine Kontrolle über die Inhaltsstoffe. Darin befinden sich Blei, Glassplitter oder, was vor allem in den USA häufig ist, Amphetamine, die dazu führen, dass letzten Endes diese Leute von einer hochgradig abhängig machenden Droge, die auch so starke körperliche Folgen hat, dass sie häufig zum Tode führt, süchtig gemacht werden. Es ist eine direkte Folge dessen, dass es keine Kontrolle des Staates darüber gibt.

Das sind alles Dinge, die man auch vor allem in Schulen stärker besprechen sollte. Denn auch Jugendliche kommen an Cannabis ran, kommen auch an andere Drogen ran. Sie

müssen aufgeklärt werden, anstatt dass man so ein Thema tabuisiert, damit sie bewusst damit umgehen und bestenfalls verzichten.

Die mangelnde Erfolgsaussicht dieses Antrags wurde von der Bundesstelle so bestätigt. Friedrichshain-Kreuzberg hat zwei Jahre lang an einem Antrag gearbeitet, der danach mehr oder weniger im Papierkorb gelandet ist. Natürlich wollen wir hier kein Geld zum Fenster herauswerfen. Aber wir sehen diesen runden Tisch als eine sehr gute Maßnahme, um dieses Thema unaufgeregt und sachlich zu diskutieren und gemeinsam zu einer guten Lösung zu kommen, wie man Cannabis auch perspektivisch entkriminalisieren kann.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich möchte gerne mit Ihnen vier Erfahrungen und Überlegungen teilen: als Schulleiter, als Däne, als Deutscher und als FDP-Politiker.

Vor einigen Jahren saß ich in meinem Schulleiterbüro mit 18 Cannabis-Tüten auf meinem Schreibtisch. Jede Cannabis-Tüte war sehr professionell gepackt und mit folgendem Text in deutsch, englisch und französisch versehen: „Nur zum persönlichen Konsum, nicht konfiszieren“. Einer unserer Schüler war Drogendealer. In 31 Jahren als Schulleiter in vier verschiedenen Ländern habe ich selbstverständlich viele Drogenkonsumenten und von Zeit zu Zeit auch Drogendealer als Schüler gehabt. Als dieser junge Mann von der Schule verwiesen war und das Jugendamt und die Polizei die Aufklärung und Betreuungsarbeit begonnen hat, habe ich versucht, meine Berufserfahrung mit Drogen zu überdenken. Ich kann das in zwei Punkten formulieren. Falls ein Schulleiter, eine Schulleiterin meint, dass man in seiner oder ihrer Schule keine Drogen hat, dann ist meine Erfahrung, dass er oder sie unerlaubt naiv ist oder ein Lügner.

Im KULT-Antrag werden zwei Gruppen von Cannabis-Konsumenten genannt. Ich kenne die beiden. Cannabis-Produkte gelten in weiten Bevölkerungskreisen als Genussmittel. Ich kenne diese Droge. Missbrauch, auch psychische Störungen und körperliche Begleiterscheinungen sind möglich. Ja, ich kenne diese Gruppe. Die Cannabisdiskussion wird immer in den Schulen von der ersten Gruppe begonnen. Ressourcenstarke Schüler, die ohne Probleme von Zeit zu Zeit Cannabis genießen. Aber die Unkosten, die Leiden bezahlen nicht die ressourcenstarken sondern die ressourcenschwachen Schüler. Für die erste Gruppe ist es eine intellektuelle Luxusdebatte, für die zweite Gruppe eine Lebenskatastrophe.

Im Zentrum Kopenhagens liegt der so genannte Freistaat Christiania. Eine Gruppe junger intellektueller Individualisten und Visionäre hat 1971 als Protest gegen das Establishment Christiania illegal etabliert. Einer von vielen Slogans war „Freies Haschisch“. Christiania hat als spannendes Experiment angefangen. Viele der Initiatoren waren meine Freunde und Kollegen. Diese Gruppen sind alle seit vielen Jahren wieder von Christiania weg. Gerade für diese ressourcenstarke Gruppe war es nur ein interessantes Luxusexperiment. Heute ist Christiania ein Tourismusmagnet. In der Pusher Street verkauft man offen und illegal Cannabis in allen verschiedenen Qualitäten für viele Millionen Euro jährlich. Aber Christiania selber ist längst ein Zentrum für Kriminalität, Drogenabhängigkeit und auch deprimierende Schicksale. Als Experiment von Ressourcenstarken angefangen, die Unkosten und Leiden bezahlen wieder die Ressourcenschwachen.

Ich bin jetzt deutscher Staatsbürger. Ich bewundere, wie Deutschland und auch Karlsruhe sich die Vergangenheit ausarbeitet. Aber ein interessantes Thema ist auch heute tabu: Drogen im Krieg. Wir wissen, dass Drogen in allen Kriegen, insbesondere im Vietnam-Krieg, eine Rolle gespielt haben. Ich lese gerade das Buch „Der totale Rausch, Drogen im Dritten Reich“ von Norman Ohler. Viele ressourcenstarke Ärzte und Offiziere haben mit der Drogen Pervitin experimentiert und – ich zitiere: Ein großer Teil der Offiziere haben Pervitin mit sich getragen. Aber die Leidenden waren wieder die ressourcenschwachen Soldaten. Ich zitiere: Die Frage lautet nicht, Pervitin einzuführen oder nicht, sondern wie bekommt man die Benutzung wieder in die Hand. Pervitin wird massenhaft verwendet.

Der letzte FDP-Bundesparteitag hat mit einer Mehrheit einem Antrag der JuLis zugestimmt, der ungefähr den gleichen Inhalt hat wie dieser Antrag von KULT. Ich habe es als Parteimitglied sehr unangenehm erlebt. Die Landespartei-FDP in Baden-Württemberg teilt nicht die Meinung des Bundesparteitags. Unsere Fraktion hat nichts gegen einen runden Tisch. Wir könnten der Verwaltung gerne folgen. Ich denke, dass man in diesem Kreis auch die Erfahrungen von Jugendrichtern und Jugendschöffen einbringen sollte.

Cannabisprodukte gelten in weiten Bevölkerungskreisen als Genussmittel. Für diese ressourcenstarke Gruppe ist die Debatte eine Luxusdebatte. Aber den Preis und die Leiden bezahlen die ressourcenschwachen Gruppen bei Missbrauch mit psychischen Störungen und körperlichen Begleiterscheinungen, nämlich die 5 – 8 % suchtkranken Cannabiskonsumenten.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Auch diese Debatte wird immer sehr stark ideologisch geführt. Auch wenn alle Beteiligten sagen, es ist nicht so. In den wissenschaftlichen Erkenntnissen steht nun einmal fest, dass – das wurde in vielen Äußerungen und Gedanken heute schon erwähnt – Alkohol einen weit höheren Schaden für die Menschen hat, als z. B. der Konsum von Cannabis. Ich gebe dem Kollegen Dr. Müller Recht, Rauschmittel gehören unter das Jugendschutzgesetz. Dazu gehören Alkohol, Zigaretten, Nikotin, Cannabis und andere auch. Aber zu sagen, die eine ist die böse Droge und die andere ist nun einmal die, bei der sich dann eher der konservative Teil der Gesellschaft das Recht auf Rausch nehmen darf, weil es aus irgendeinem Grund die gute Droge ist. Nein, es ist nicht die gute. Sie ist nun einmal etabliert. Damit wird viel Geld verdient. Die Industrie funktioniert in diesem Bereich. Pflänzchen – das wissen viele aus der Studentenzeit – kann man im WG-Zimmer anpflanzen. Das geht mit den anderen Drogen nicht ganz so einfach. Da kann man nicht so leicht kontrollieren. Es ist auch ein schönes, dickes Geschäft, das hier gemacht wird.

Aber: Wer es ernst meint mit der Gesundheit, gerade von Jugendlichen, der kann nicht die eine Droge verbieten und die andere freigeben. Das geht nicht. Das ist eine Doppelmoral. Gerade junge Menschen sind kritisch, wenn die ältere Generation mit ihrer Doppelmoral kommt, den Alkohol schluckt. Wir haben genug Alkoholiker. Einmal Alkoholiker, immer Alkoholiker. Das ist nicht beherrschbar. Ein Alkoholiker muss sich zwingen, dem Alkohol fern zu bleiben. Jemand, der ein paar Mal Gras geraucht hat, von mir aus auch fünf Jahre lang, hat die Möglichkeit, davon wegzukommen. Ich will damit nicht sagen, dass Cannabis keine Droge ist. Ich will damit nur sagen, die Doppelmoral,

die wir in der Diskussion haben, ist falsch, löst die Probleme nicht und führt eher dazu, dass junge Menschen sagen, denen zeige ich es, ich rauche meine Tüte, während die sich mit irgendeinem billigen Fusel die Birne zuhauen.

Wir sollten einmal sachlich über dieses Thema reden. Ich finde es gut, wenn es einen runden Tisch gibt. Kollege Dr. Müller, wenn wir jetzt verschiedene andere Drogen mit hineinpacken sollen – wir können gerne über alle reden -, muss auch Alkohol und Nikotin mit auf den Tisch und nicht nur die, die man als verboten betrachtet.

Eine Erkenntnis ist, weil es immer heißt „Einstiegsdroge“: Das ist Humbug, das ist erwiesen. Nur, wenn Sie Cannabis in der Illegalität lassen, dann verursachen wir mit unserem Verbot, dass die anderen Mittel mit Cannabis zusammengebracht werden, weil dann vielleicht die gleichen Dealer auftauchen und dann verschiedene Dinge verkaufen. Lassen Sie uns das einfach trennen. Wir entkriminalisieren Cannabis. Wir klären dazu auf, packen auch Dinge ins Jugendschutzgesetz und gehen damit vernünftig um, wenn wir Kampagnen wie z. B. mit den rauchfreien Kneipen und Restaurants machen. Wie viele Rufe habe ich gehört, als wir diskutiert haben, raus mit dem Nikotin aus den Lokalen und Restaurants, damit wir einmal mit den kleinen Kindern dort hinein gehen und unsere Kleider sauber halten können. Wie viele haben aufgeschrien. Heute sagt keiner mehr etwas dagegen. Alle Kneipen machen ihr Geschäft und alle sind froh, dass die Luft besser ist.

Lassen Sie uns einmal unkompliziert in diese Debatte hinein gehen, sachlich ran gehen, weniger emotional, weniger ideologisch, sondern eher zielgerichtet nach Lösungen suchen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Sie wissen sicher, in den 68er Jahren wurde relativ exzessiv gekifft, dass die damalige Kiffstärke 1/8 bis 1/10 der Stärke dessen hatte, was man heute konsumiert. Das war damals Kokolores. Ich habe durchaus Menschen kennen gelernt, die sind bei uns gestrandet, junge Leute, auch ältere, die waren völlig lebensuntauglich. Ich sage: Alkohol kann genauso zerstören, auf eine andere Art und Weise. Ich sage immer: Beim Alkohol verwildern die Menschen, beim Cannabis-Extremkonsum werden die Leute lebensunfähig. Sie werden passiv und bekommen ihr Leben nicht mehr in den Griff. Jede Droge hat ihre eigenen Felder, wo sie etwas anrichtet. Ich habe zu viele gesehen, um das einfach nur als Genussmittel bezeichnen zu können. Ich habe zu viel gesehen, als dass ich sagen kann, eigentlich macht es fast nichts aus. Aber es gehen zu viele Leute drauf. Ihr Leben geht vor die Hunde, nur deswegen.

Ich will keine Verteidigungsrede für den Alkohol halten. Aber ein Glas Rotwein am Abend oder alle paar Tage macht noch nicht süchtig. Aber eine Dosis Cannabis in der richtigen Dröhnung kann ein Menschenleben zerstören. Es kann zu Angstpsychosen führen. Das bitte ich einfach zu bedenken.

Ein runder Tisch ist auf jeden Fall gut. Ein runder Tisch, bei dem man sich austauscht über die zwei Themenbereiche. Ich glaube auch nicht, dass wir alle Drogen hineinpacken können, sonst gibt es keine Qualität. Ich habe etwas dagegen, wenn man einfach locker, leicht in die Weltgeschichte hinein posaunt: Es ist einfach nur Genuss. Das ist es nicht.

Stadtrat Wenzel (FW): Lieber Kollege Braun, erst einmal vielen Dank, dass Sie uns eine Diskussion zu Punkt 1 Ihres Antrags erspart haben. Ich denke, es würde bis Mitternacht nicht reichen, wenn wir dies ausführlich ausdiskutiert hätten. Es gibt Leute, wie ich, die haben kein Sucht-Gen. Mir fehlt es gänzlich. Deshalb bin ich etwas ein Außenstehender. Aber als Vater von zwei Töchtern und Leiter von vielen Jugendgruppen ist mir das natürlich auch bekannt.

Ich möchte aber noch auf einen Punkt hinweisen: Wir haben hier – und das, glaube ich, einvernehmlich – nichts dagegen, wenn wir uns an einem runden Tisch des Themas intensiv annehmen. Ich denke, es ist der richtige Zeitpunkt darüber zu diskutieren. Denn auch solche Länder wie die Vereinigten Staaten, die sehr konservativ sind, haben sich diesem Thema geöffnet. Warum sollen wir hier einfach zumachen?

Wenn wir von Suchtmitteln reden, dann müssten wir Zucker, Schokolade und nicht nur Alkohol dazu nehmen. Das sind alles Themen. Was viel wichtiger ist, ist das Medizinische. Da gibt es Studien. Da bin ich überzeugt, dass Cannabis eine Alternative sein kann. Auch diesen Aspekt sollten wir mit hineinnehmen, nicht nur das Genussmittel. Den medizinischen Aspekt halte ich für viel wichtiger. Denn da fangen die Forschungen erst an. Ich denke, dass wir an einem solchen runden Tisch genau dieses Thema aufgreifen können. Wir werden aber durch diesen runden Tisch weder den illegalen Drogenverkauf stoppen, noch die Bundesrepublik Deutschland zu anderen Gesetzgebungen bringen können. Aber wir können als Stadt zeigen, dass wir uns dieser Aufgabe annehmen und vielleicht einen Weg finden, erste schöne kleine Schritte in einem wichtigen Thema als Signal zu senden. Ich denke, das ist eine wichtige Aufgabe.

Der Vorsitzende: Rein satzungsmäßig ist es nicht möglich, Herr Braun, einfach einen Teil des Antrags wieder zurückzunehmen. Der Gemeinderat kann es tun, aber nicht der Antragsteller. Insofern wäre mein Vorschlag, dass Sie damit einverstanden sind, dass wir diesen Unterarbeitskreis des Jugendhilfeausschusses machen. Das habe ich auch überall so wahrgenommen. Sie nennen es runden Tisch. Dann wird dort das Thema noch einmal fachlich miteinander besprochen. Dann hätten wir es sozusagen dorthin verwiesen. Dann können wir das jetzt so stehen lassen.

Ich bitte aber, in diesem Arbeitskreis auch zu diskutieren, wo die kommunale Verantwortung beginnt und wo sie endet. Das ist mir nämlich zeitweise hier in der Diskussion etwas unklar gewesen. Wir müssen uns natürlich über Drogenprävention im Rahmen unserer Aufgaben als Jugendhilfeträger austauschen. Das ist kein Thema. Aber hier ist doch eine gewisse Weltgestaltungseuphorie spürbar gewesen, wo ich nicht immer weiß, ob wir uns da nicht etwas übernehmen als Kommune, das uns jetzt auch noch alles aufzubürden. Da bitte ich einfach, dass der Arbeitskreis sich noch einmal Gedanken macht.

Wenn Sie alle mit dem Vorgehen einverstanden wären, könnten wir den Tagesordnungspunkt abschließen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
21. Dezember 2015